

# Anlegerschutz: EBK stoppt Geschäftsmann

Von **Lukas Häuptli**

Die Eidgenössische Bankenkommision (EBK) hat gegen zehn Firmen des Zuger Geschäftsmanns Jürgen Amann eine superprovisorische Verfügung erlassen. Damit sperrt sie bis auf weiteres alle Konten der so genannten Kommanditgesellschaften und ersetzt Amann darin durch das Geschäftsprüfungs- und Beratungsunternehmen Ernst & Young. Dieses soll für die EBK abklären, welche Geschäfte die zehn Firmen in den letzten Jahren getätigt haben, wie es um deren finanzielle Lage steht und ob die Interessen einzelner Anleger und Gläubiger gefährdet sind.

Rechtliche Grundlage für die EBK-Verfügung, die dem «Tages-Anzeiger» vorliegt, ist das Gesetz über kollektive Kapitalanlagen. Dieses ist seit Anfang 2007 in Kraft und schreibt vor, dass Kommanditgesellschaften, wie sie Amann betreibt, einer EBK-Bewilligung bedürfen. Eine solche sei bisher aber nicht beantragt worden, heisst es in der Verfügung. Vielmehr geht sie davon aus, «dass eine Gefährdung der Interessen bestehender und potenzieller Anleger» der Gruppe bestehe.

## 300 bis 400 Strafanzeigen

Der gebürtige Deutsche Jürgen Amann hat seit den Neunzigerjahren eine Gruppe mit mindestens einem Dutzend Einzelunternehmen aufgebaut. Mit ihnen warb er um Gelder privater Anleger, namentlich in Deutschland und der Schweiz. Mit dem Geld der mehr als tausend Anleger sowie mit Hypothekarkrediten von Banken und Versicherungen kaufte er zahlreiche Immobilien, unter anderem das Hotel Schweizerhof in Zermatt sowie mehrere Geschäftshäuser in Zürich, Basel und Zug. Amanns Investitionen belaufen sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag.

Vor rund vier Jahren geriet Amann in Verdacht, Anlagegelder in Millionenhöhe abgezweigt zu haben. Mittlerweile seien gegen ihn 300 bis 400 Strafanzeigen eingegangen, sagt der zuständige Zuger Staatsanwalt. Dieser sperrt bis heute «vereinzelte Konten» und stellte 100 000 Franken sicher. Für eine Verhaftung Amanns gebe es «nach aktuellem Erkenntnisstand» keinen Anlass. Der Geschäftsmann selbst war am Donnerstag nicht für eine Stellungnahme erreichbar.